

Die DKP ruft auf, die „Die Linke“ zu wählen Widerstand gegen Kriegspolitik und Sozialabbau

Die Deutsche Kommunistische Partei empfiehlt ihren Mitgliedern und Sympathisanten zur Bundestagswahl am 22. September 2013 die Partei „Die Linke“ zu wählen. Sie war im Bundestag die einzige Partei, die gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr gestimmt hat und sich in ihrem Wahlprogramm gegen Lohndumping durch Leiharbeit und Werksverträge wendet, für einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von 10 Euro und für die 30-Stunden Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ausspricht. Ebenfalls entschied sie sich gegen das von CDU/CSU/FDP durchgepeitschte Mietrechtsänderungsgesetz, das die Vermieter in die Lage versetzt, um des Profites willen, Mieterrechte zu beschneiden und die Mieten nach oben zu treiben. Diese Positionen der Bundestagsfraktion „Die Linke“ entsprechen auch den Forderungen der DKP.

Wir sind davon überzeugt, dass wirk-samer Widerstand gegen Sozialabbau, Kriegspolitik und Neofaschismus, Fort-

schritt bei der Sozial- und Energiepolitik nur im außerparlamentarischen Kampf durchgesetzt werden kann. Eine konsequente Opposition im Bundestag kann für eine solche breite Bewegung von Bedeutung sein. Bewiesen wurde das zum Beispiel durch zahlreiche Anfragen der Partei „Die Linke“ zum Thema Neofaschismus. Dadurch wurde die Bundesregierung gezwungen, die Gefährlichkeit des Wirkens der Nazis verschiedener Couleur offenzulegen. Die Anfragen trugen auch dazu bei, dass die Forderung nach einem NPD-Verbot nicht verstummt ist.

Gewarnt werden muss vor Illusionen, eine andere Regierungskoalition könne einen Politikwechsel zur Folge haben. Erinnerung sei nur an die Regierungszeit von SPD/Grüne, die sowohl für Hartz IV verantwortlich zeichnete als auch für den Bruch des Völkerrechts durch den Kriegseinsatz der Bundeswehr gegen Serbien. Eine solche Politik darf niemals toleriert werden.

Spitzenkandidatin der Partei „Die Linke“ in Schleswig-Holstein und Direkt-

kandidatin im Kreis Pinneberg ist Cornelia Möhring (51), zusammen mit Sarah Wagenknecht (1. Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion).

Als Jugendvertreterin und Betriebsratsmitglied setzte sie sich vor Ort für ihre Kolleginnen und Kollegen ein. Sie stimmte im Bundestag gegen den Einsatz der Bundeswehr in der Türkei und fordert den sofortigen Abzug der Patriot-Raketen, damit Deutschland nicht in einen Krieg gegen Syrien verwickelt wird. Sie sprach sich gegen die Entsendung deutscher Soldaten nach Mali aus und gegen die Änderung des Mietrechts zugunsten der Vermieter.

In Wedel sprach sie sich gegen das von Vattenfall geplante GuD aus und betonte die Notwendigkeit der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in öffentlicher Hand. Diese und weitere Gründe veranlassen uns zu dem Aufruf, in der direkten Wahl Cornelia Möhring zu wählen und also der Linken beide Stimmen zu geben. Redaktion „Die Meinung“, September 2013



Friedenswerkstatt statt Wedel warnt vor Krieg gegen Syrien

Am 1. September traf sich die Friedenswerkstatt Wedel, um wie in jedem Jahr aus Anlass des Antikriegstages an die Entfesselung des verbrecherischen Zweiten Weltkriegs durch Nazi- Deutschland mit mehr als 50 Millionen Toten zu erinnern.

Aktuelles Thema war die drohende Gefahr eines Krieges gegen Syrien. Die Diskussion fasst eine Presseerklärung zusammen, aus der wir zitieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sofort die Patriot-Raketen aus der Türkei abzuziehen, damit Deutschland nicht

in einen Krieg hineingezogen wird

- alle Waffenlieferungen zu stoppen
- sich an keiner Militäraktion zu beteiligen
- sich für eine Friedenskonferenz stark zu machen, an der alle Seiten des Konflikts teilnehmen
- den Völkerrechtsbruch des Chemiewaffeneinsatzes nicht durch den weiteren Völkerrechtsbruch des Überfalls auf Syrien beantworten zu lassen mit noch mehr Opfern unter der Zivilbevölkerung.

Die Wählerinnen und Wähler fordern wir

auf, am 22. September nur die Parteien und Kandidaten zu wählen, die sich unmissverständlich gegen einen Militärschlag erklären.

Sollte wider alle Vernunft und Menschlichkeit dennoch ein Militärschlag gegen Syrien erfolgen, fordern wir alle Friedenswilligen auf, am Tag X des Kriegsbeginns gemeinsam an einer Friedensdemonstration in Hamburg teilzunehmen, die um 17 Uhr an der S-Bahn Sternschanze starten soll. In Wedel treffen wir uns um 16 Uhr am S-Bahnhof und fahren gemeinsam nach Hamburg.

Masch-Wedel

Marxistische Abendschule Wedel Tel 04103-86045

18. September

Mittwoch, 19.30

ISI's Chamäleon, R.-Breitscheid Str.



Prof. Dr. Jörg Wollenberg
Uni Bremen

Machtübertragung an die Nationalsozialisten vor 80 Jahren

Am 30. 01.1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Die unmittelbar nach der Machtübertragung einsetzende Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse zeigt, welche Interessen diese Machtübertragung ermöglicht haben.

Wäre die Zerschlagung der Gewerkschaften zu verhindern gewesen? Hätte gar die Weimarer Republik gerettet werden können, wenn die Gewerkschaften gemeinsam mit der sozialdemokratischen und der kommunistischen Arbeiterbewegung Widerstand geleistet hätten?

16. Oktober

Mittwoch, 19.30

mittendrin, Friedrich-Eggers Str.



Prof. Nina Hager,
Chefredakteurin der UZ

Die neuen Thesen des Club of Rome 2012

Im Jahre 1972 veröffentlichte der Gelehrtenzirkel „Club of Rome“ seinen ersten schockierenden Bericht unter dem Titel: „Die Grenzen des Wachstums“.

Weithin stießen die Thesen des Clubs auf Unglaube und Spott. Das änderte sich im Laufe der Jahre.

2012 legte der Club of Rome nach und veröffentlichte „Die neuen Thesen“ „Die fossilen Rohstoffe werden knapper, die Meere sind überfischt, landwirtschaftliche Flächen verschwinden, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die Gefahren sind nicht kleiner geworden und neue sind hinzu gekommen,“ schrieb die Süddeutsche Zeitung am 09. 05. 12 über die Thesen.

20. November

Mittwoch, 19.30

mittendrin, Friedrich-Eggers Str.

Prof. Helmut Peters
Leiter des Forschungsbereichs VR China an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR

Die Volksrepublik China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus

In den Medien wird oft Widersprüchliches über China veröffentlicht. Die Spannweite reicht von der Darstellung Chinas als Weltkonjunkturlokomotive bis zu seiner Charakterisierung als Staat mit autoritären, willkürlichen Strukturen mit permanenten Menschenrechtsverletzungen.

Nach Verlautbarungen der KP Chinas ist die chinesische Gesellschaft eine Gesellschaft des Wandels, eine Übergangsgesellschaft. Historisch wurde dieser Übergang aus einer im Wesentlichen vorkapitalistischen Gesellschaft hin zu einer sozialistischen von der KP Chinas angestrebt.

Diese gewaltige Transformation aus dem „Mittelalter in den Sozialismus“ (H. Peters) hat auch gewaltige Probleme zu lösen.

Hausdurchsuchung bei Atlas Elektronik in Wedel

Schmiergelder sind Normalität im Rüstungsgeschäft

Im März dieses Jahres verteilten vor der Firmenzentrale der Atlas Elektronik in der Industriestraße in Wedel die Fraktionsvorsitzende des Bündnisses „Die Linke“ in der Ratsversammlung, Astrid Sawatzky, und der Bundestagsabgeordnete Jan van Aken Flugblätter unter der Überschrift „Wir fordern ein sofortiges Exportverbot für deutsche Rüstungsgüter“. Nur für einen kurzen Moment erregte dieses Ereignis die Aufmerksamkeit der lokalen Printmedien. Dann war alles schnell wieder vergessen, obwohl Atlas-Sprecher Jens Kröger bestätigte, dass sein Unternehmen mit Hauptsitz in Bremen zu 90 Prozent für die Rüstungsindustrie produziert und einer der Weltmarktführer beim Torpedobau für U-Boote ist. Aber das Thema „Waffenschmiede Wedel“ packen die Medien am liebsten nicht an, schon gar nicht kritisch, wenn es ihnen nicht von außen aufgedrängt wird, wie gerade geschehen.

Das ist passiert: An einem gewöhnlichen Tag des Monats August nahmen 100 Ermittler im Auftrag der Staatsanwaltschaft in Bremen und Wedel bei Rheinmetall Defence Elektronik und „Atlas Elektronik“ Hausdurchsuchungen vor. Dabei ging es dem Vernehmen nach um Schmiergeldzahlungen an griechische Amtsträger in Höhe von neun Millionen Euro und um Steuerhinterziehung. Von Dienstag bis Sonntag dauerten die

Durchsuchungen. Dabei seien Computer und Festplatten beschlagnahmt worden, meldete die „Süddeutsche Zeitung“. Die Auswertungen würden noch eine Zeitlang dauern, hieß es seitens der Staatsanwaltschaft.

Die Firmenleitung von Atlas will die Staatsanwaltschaft im Jahre 2010 selbst über verdächtige Vorgänge informiert haben, die von den vorherigen Besitzern zu verantworten seien. Die Ermittler hätten aber damals keinen Anfangsverdacht gesehen. Erst eine steuerliche Betriebsprüfung bei Rheinmetall im Jahr 2012 habe der Staatsanwaltschaft weitere Hinweise geliefert.

Atlas-Sprecher Jens Kröger versuchte noch im März dieses Jahres das Unseriöse und Unappetitliche des Waffenhandels herunterzuspielen. Atlas, so sagte er, engagiere sich zunehmend auch in zivilen Bereichen. „Wir bauen unbemannte Unterwasserfahrzeuge für die Offshore-Industrie“, sagte er. Dieser Sektor könne aber nicht das militärische Übergewicht ausgleichen das 90 Prozent der Produktion ausmacht. „Zivile U-Boote gibt es nun mal nicht“, fügte Kröger hinzu. Im Übrigen werde jede Ausfuhr von der Bundesregierung geprüft und genehmigt.

Wie es damit aussieht, hat Jan van Aken von der Bundesregierung selbst erfahren. In einer Antwort auf seine Anfrage

im Bundestag hieß es, dass U-Boote, Torpedos, Panzer und Maschinengewehre nicht nur an befreundete Länder geliefert werden sondern auch an Diktaturen und in Krisengebiete. Offiziell wurden zum Beispiel im Jahre 2012 Rüstungsexporte in die Golfstaaten im Umfang von 1,4 Milliarden Euro genehmigt, eine Summe, die doppelt so hoch ist wie ein Jahr zuvor. Von dem Golfstaat Katar zum Beispiel gehen die Waffen auf dem Umweg weiter an die syrische Rebellenarmee.

„Deutschland ist dadurch bereits indirekt am Krieg gegen Assad beteiligt. Alles legal, betonen die Rüstungskonzerne und haben ein reines Gewissen. Und was Schmiergeld angeht, so ist diese Praxis seit Jahrzehnten üblich. Rheinmetall und Atlas wären keine Ausnahmen. Der Zweck heiligt eben die Mittel, vielleicht hat man bei Rheinmetall und Atlas Elektronik etwas übertrieben, aber was soll man machen, wenn man sich im Wettbewerb mit anderen Anbietern befindet?“

Möglich, dass die Öffentlichkeit eines Tages erfährt, was die Hausdurchsuchungen in Bremen und Wedel ans Tageslicht gefördert haben. Auf keinen Fall ist aber mit einer Mitteilung vor der Bundestagswahl zu rechnen. So groß ist der Einfluss allemal, über den die großen Rüstungskonzerne auf die Medien haben.



*Bild: U-Boot des Typs 214
4 Stück dieses Typs wurden
von HDW gebaut und
an Griechenland geliefert. Die
Ausrüstung stammt z.T.
von Atlas-Elektronik aus Wedel und
Bremen.*

Quelle: causa-nostra.com

*ViSdP:
Günther Wilke
Tel 3486
Fotos:
Meinung (2),
Die Linke (3)*

Netze einholen

Die Netze sind der Schlüssel für die Energiewende

Am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl, stimmen die Wähler/innen in Hamburg beim Volksentscheid zusätzlich darüber ab, ob sie die Energienetze wieder in der Regie der Öffentlichen Hand sehen wollen.

Führende Wissenschaftler sind sich einig, dass im liberalisierten Markt zwar jeder Anbieter das Recht hat, seinen Strom, sein Gas oder seine Fernwärme in das jeweilige Netz einzuspeisen. Will man aber im Sinne des Klimaschutzes einen möglichst großen Anteil erneuerbarer Energien oder besonders effiziente Technologien fördern, müssen die Netze genau dafür entsprechend angepasst werden.

Professor Christian Jänig sprach sich deshalb bei einer BUND-Veranstaltung grundsätzlich dafür aus, Energienetze in kommunaler Verantwortung zu betreiben. »Mit den Konzernen geht das nicht«, lautete die eindeutige Botschaft des Wissenschaftlers, der als langjähriger Geschäftsführer der Stadtwerke Unna die Energiewirtschaft seit vielen Jahren aus der Praxis kennt.

Claudia Kemfert, Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit und Abteilungsleiterin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, geht noch weiter und sagt: »Wer die Netze hat, hat die Macht!«

Wer Strom verkauft, hält nichts vom Sparen.

In den nächsten Jahrzehnten geht es nicht mehr darum, Energie aus den riesigen Kohle- und Atomkraftwerken großflächig zu verteilen, sondern darum, viele kleinere Kraftwerke ans Netz zu bringen, welche die Energie effizient und bedarfsgerecht produzieren. Gleichzeitig müssen große Stromverbraucher wie etwa Kühlhäuser zentral gesteuert werden, um Schwankungen im Netz auszugleichen. Dass große Energiekonzerne wie Vattenfall oder E.on an einem derartigen Systemwechsel wenig Interesse haben, liegt auf der Hand. Schließlich sind sie gleichzeitig als Versorger am Markt und wollen ihre großen Atom- und Kohlekraftwerke möglichst lange am Netz lassen. Für den Klimaschutz und die Verbraucher ist eine solche Ausrichtung auf Großkraftwerke verheerend. Besonders deutlich wird dies beim Thema Fernwärme.

Mit einer riesigen Wärmeleitung durch Altona wollte Vattenfall die bisher vom Kraftwerk Wedel versorgten Stadtteile an das neue Kohlekraftwerk Moorburg anschließen und so das Wärmeangebot im Hamburger Westen für die nächsten 40 Jahre festschreiben. Erst nach massiven Protesten der Bevölkerung und einer er-

folgreichen Klage des BUND musste der Konzern die Pläne aufgeben, plant jetzt aber ein ebenfalls überdimensioniertes Gaskraftwerk in Wedel.

Ein dezentral gespeistes und kommunales Wärmenetz dagegen könnte optimal mit der energetischen Sanierung von Gebäuden und dem dann sinkenden Wärmebedarf in Einklang gebracht werden.

Erpressung des Senats

Der Hamburger Senat ist sich dieser Zusammenhänge durchaus bewusst. Schließlich hat er im vergangenen Jahr 543,5 Millionen Euro bezahlt, um einen Anteil von 25,1 Prozent an den Hamburger Netzen zu erwerben. Nur: Mit 25,1 Prozent kann man bestenfalls Entwicklungen verhindern, um zu gestalten reicht es nicht.

Bürgermeister Olaf Scholz nennt einen für ihn entscheidenden Beweggrund für diese nicht einmal halbherzige Lösung: Er scheut die rechtliche Auseinandersetzung mit Vattenfall. Zwar regelt der zwischen dem Konzern und der Stadt im Jahr 1994 geschlossene Konzessionsvertrag für die Fernwärme, dass dieser wie auch die Verträge für das Strom- und Gasnetz eine Laufzeit von 20 Jahren hat.

Lediglich aufgrund einer unsaubereren Formulierung streitet Vattenfall dieses Recht Hamburgs zur Neuausschreibung aber ab und beharrt darauf, sein Fernwärmonopol für immer zu behalten. Mehr noch: Vattenfall hat den Verzicht auf eine juristische Klärung dieser Frage zur Bedingung für die jetzige Kooperation mit dem Hamburger Senat gemacht.

Der Volksentscheid ist die letzte Chance, diesen unglaublichen Vorgang zurückzudrehen und den erpresserischen Kooperationsvertrag für nichtig zu erklären.



Der Text ist der Stellungnahme des BUND-Hamburg „Unser Hamburg-Unser Netz“ entnommen.

4mm: Vattenfall verfehlt die Bürgerbeteiligung

Für seine geplante Gasleitung von Hetlingen nach Wedel hätte der Energiegigant lieber ein Planfeststellungsverfahren mit vorgeschriebener Bürgerbeteiligung gehabt. Aber die Leitung muß zur Leistung der geplanten Anlage passen und soll nicht überdimensioniert sein, so erklärte es der Pipeline-Projektleiter Timo Stampe dem Tageblatt (WST). Der Durchmesser der Gasleitung soll 296 mm betragen, also lediglich 4mm unter dem Wert, der eine Bürgerbeteiligung vorschreibt. Cool oder Kalkül? Wohl sowohl als auch, bemerkt der unbeteiligte Bürger und genießt den diskreten Charme der Anstaltsleitung beim Staatskonzern Volkseigener Betrieb Vattenfall. Die Dimension der Leistung passt absolut zur Leitung.

2500 Unterschriften BI erreicht die Bürgerbeteiligung

Für sein geplantes Gaswerk in Wedel wünschte Vattenfall ein beifälliges Winke Winke von Wedel Stadt und Parlament. Hat in Runde eins auch wunderbar geklappt. Parteien, Parlament, Bürgermeister und die Begleitmusiker vom Klimaschutzfond konnten nicht bis CO2 zählen und waren in Zustimmung und dem Plan gewogen. Der Bürgermeister legte sich in der Einwohnerversammlung sogar auf's Sofa und erzählte von seinen Urängsten. Zuviel Bürgerbeteiligung sei Mist und gefährde unseren Wohlstand. Deshalb sollte Vattenfall ein weißes Stück Papier Kraftwerksgelände kriegen und darauf machen wie sie wollen. Die BI „Stopp:Kein Mega-Kraftwerk Wedel“ hat dagegen gewonnen. Die Bürgerbeteiligung ist geschafft. In 3 Monaten wird gewählt.